

# S I D

Society for International Development



Chapter Bonn

---

## Nachlese zum 20. Entwicklungspolitischen Fachgespräch

### **Aktuelle Governance - Diskussionen in der Weltbank** Gespräch mit Dr. Deutscher

Die Annahme, dass die Weltbank – wie dies eigentlich die Satzung vorsieht - als eine „unpolitische Institution“ agieren könne, ist in Anbetracht ihrer globalen Präsenz in wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und finanziellen Fragen nicht stichhaltig, auch wenn sich manche Mitgliedsländer manchmal gerne hinter dieses Primat flüchten bzw. flüchten möchten. Und als eine, auch aus ihrer eigenen Sicht weltweit einzigartigen Knowledge - Institution mit über 10.000 hochqualifizierten MitarbeiterInnen, die umfangreiche Erfahrungen, Wissen und Kenntnisse akkumuliert haben, kommt der Bank auch bei politischen Gestaltungsfragen zweifellos eine Sonderrolle zu.

Dies gilt in ganz besonderem Masse in allen Fragen der Gestaltung einer „Global Governance“.

Die Diskussion kam schnell zum Punkt: Wer definiert denn eine neue Weltordnung, wer bestimmt die Politik, welche universal für 184 Länder sein soll, wird diese Ordnungspolitik für alle Partizipanten sozial gerecht sein, wie wird sie umgesetzt?

Aus der Sicht der Weltbank hängt die Gestaltung der Global Governance eindeutig von dem konkreten Kommitment der einzelnen Länder ab. Die Aufgabe der Shareholder ist es, klare Definitionen abzugeben, wie und was bei der Weltbank zu passieren hat und wohin ihre Arbeit zu führen hat. Die Weltbank ihrerseits kann nur eine Diskussion initiieren.

Eine einheitliche Position der Mitglieder ist allerdings nicht in Sicht, auch nicht bei denjenigen Mitgliedern, die in der Bank eine führende Rolle spielen.

Der vor 30 Jahren von McNamara als Präsident der Weltbank geprägte Ausspruch „Den Armen des Südens wird Entwicklung verwehrt“, gewinnt gerade heute in der gegenwärtigen inneren Reformdiskussion der Weltbank an Brisanz, gehören doch zu den Anteilseignern auch solche Regierungen, die mit ihrer Politik hierfür verantwortlich sind.

Und so stellt sich vor dem Hintergrund, dass die Weltbank als multilaterale Organisation auf die Guidance der Shareholder angewiesen ist, um

Entscheidungen zu treffen oder Politiken zu formulieren, ganz natürlich die Frage der Macht- und Einflusskonstellation des Systems.

Und die gegenwärtigen Shareholderstrukturen entsprechen nicht der politischen Realität. Die Interessen Afrikas, zum Beispiel, als ein Kontinent mit annähernd fünfzig Ländern, werden gerade einmal durch zwei Repräsentanten vertreten, ganz zu schweigen von der grotesken Interessenformation der europäischen Länder.

Nicht nur, dass die Weltbank keineswegs als Global Governance, im strukturellen Sinne, gesehen werden kann, existiert des weiteren auch noch ein Defizit in der Formulierung weltweiter Ordnungsvorstellungen. Ähnlich wie bei der Verteilung der Sitze im Exekutivrat, werden Strategien (Ideologien?) von den finanziell stärksten Shareholdern diktiert. Deshalb muss sich die Weltbank oft den Vorwurf gefallen lassen, nur ein verlängerter Arm der finanziell Mächtigen zu sein. Dies gerade auch deswegen, weil interne Reformen, um die „Voice of the Poor“ zu stärken, mehr und mehr im Sande verlaufen. In diesem Zusammenhang bleibt nur anzumerken, dass selbst hochrangige Vertreter der Weltbank nur von gut einem Trippelschritt sprechen, wenn sie angesprochen werden, ob innerhalb der Organisation ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat.

### **Möglichkeiten deutscher Einflussnahme auf die Weltbank**

Als eine der 24 Stimmen des Exekutivrates, kann oder könnte Deutschland in der Formulierung entwicklungspolitischer Ziele der Weltbank eine entscheidende Rolle spielen. Wie das Beispiel Großbritannien zeigt ist es möglich, durch eine intelligente und kontinuierliche Netzwerkarbeit kompetente und sachliche Lobbyarbeit zu leisten. Deutschland befindet sich auf dem besten Wege, es gleichzutun. Erste Schritte dahin sind getan. Das BMZ hat eine klare Schwerpunktstrategie zur Integration von bi- und multilateraler Zusammenarbeit entwickelt und auch entsprechende Reorganisationen vorgenommen. Das deutsche Büro der Weltbank vertritt die Interessen der deutschen Bundesregierung. Das BMZ, dem die Leitlinienkompetenz in entwicklungspolitischen Fragen Deutschlands zusteht, hat vor Kurzem, im Zuge einer Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, vermehrt hin auch zu multilateraler Zusammenarbeit, ein Strategiepapier veröffentlicht, welches die Zusammenarbeit des BMZ mit der Weltbank und den nationalen Entwicklungsbanken definiert. Darauf aufbauend ist es ein Ziel der Weltbank, dass die Vertreter der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sich mehr und mehr in den politischen Prozess einbringen sollen. Deshalb verfolgt das deutsche Büro der Weltbank erfolgreich die Politik der „offenen Tür“ für alle Interessengruppen. Das BMZ, die GTZ als auch der DED verstärken punktuell die Zusammenarbeit mit der Weltbank, indem sie Mitarbeiter in die Weltbank entsendet haben. Die deutsche Vertretung in der Weltbank ihrerseits nimmt Kernsteine der deutschen EP mit in ihr Arbeitsprogramm auf und hält Absprache mit den zuständigen Abteilungen des BMZ.

Die deutschen entwicklungspolitischen Institutionen sollten verstärkt ihrer Funktion nachkommen, den politischen Prozess der Weltbank, von der

Formulierung bis zu den Ergebnissen vor Ort, zu begleiten. Dies geschieht noch nicht in ausreichender Weise (Ausnahmen bestätigen die Regel). Wer Einfluss ausüben will, muss auch kontrollieren.

Obwohl es eine klare multilaterale Strategie des BMZ gibt, ist bei vielen Durchführungsorganisationen (noch) keine Anschlussfähigkeit an die multilaterale EZ vorhanden. Gegenwärtig ist die Szenerie statt durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit und nachhaltige Vernetzung mehr durch eine „Institutionelle Schweigsamkeit“ geprägt, da es noch nicht zu einer gelungenen Synchronisation zwischen den deutschen EZ-Institutionen und der Weltbank gekommen ist. Bis dato ist die deutsche EZ deswegen auch nur unzureichend in der Weltbank wahrgenommen worden. Hieran wird gearbeitet, wobei Lernprozesse dringend erforderlich sind.

Stefan König

Günther Oldenbruch